



Vorlage VA_19/2008
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 30.06.2008

mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Zweiter Finanzzwischenbericht 2008

Nachdem der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 31.03.2008 im Rahmen der Einbringung des Handlungskonzepts 2009 erste Hinweise auf den Haushaltsverlauf 2008 erhalten hat, wird nun mit einem zweiten Finanzzwischenbericht 2008 über die bis jetzt bekannte Entwicklung der Kreisfinanzen weiter berichtet.

1. Jahresrechnung 2007

Die Jahresrechnung 2007 schließt mit einem Überschuss von rund 9 Mio. € ab, der der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde und damit für die Haushaltsplanung 2009 zur Verfügung steht. Damit konnte zum vierten Mal in Folge ein positives Rechnungsergebnis vorgelegt werden. Mehreinnahmen ergaben sich insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Grunderwerbsteuer und beim Bundesanteil am Arbeitslosengeld II. Der Zuschussbedarf bei den Sozialleistungen lag insgesamt unter dem Planansatz. Ferner konnten in erheblichem Umfang Personal- und Sachkosten eingespart werden.

Die investiven Ausgaben des Vermögenshaushalts betragen 18,2 Mio. € An Haushaltsausgaberesten wurden 11,75 Mio. € in das Jahr 2008 übertragen. Die Kreditaufnahmen des Landkreises beliefen sich 2007 auf 7 Mio. € Zur Finanzierung der Haushaltsausgabereste 2007 im Vermögenshaushalt müssen Kreditermächtigungen in Höhe von 9,44 Mio. € nach 2008 übertragen werden.

Über den Rechnungsabschluss 2007 des Landkreises (vgl. VA_18/2008) und den Jahresabschluss der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (vgl. VA_26/2008) wird der Verwaltungsausschuss ebenfalls am 30.06.2008 informiert.

2. Haushaltsentwicklung 2008

Das Haushaltsjahr 2008 auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses des Kreistags vom 07.12.2007 und der Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 28.12.2007 entwickelt sich bislang weitgehend planmäßig. Die erkennbaren Haushaltsbelastungen bei den Schlüsselzuweisungen und der Jugendhilfe können aufgefangen werden, so dass zur Zeit von einem ausgeglichenen Ergebnis 2008 ausgegangen werden kann.

Dies ist erfreulich, da 2008 der Kreisumlagehebesatz von 38,5 % auf 34,5 % gesenkt und damit eine starke Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erreicht werden konnte. Diese hohe Senkung des Kreisumlagehebesatzes wurde einerseits durch die infolge des positiven Konjunkturverlaufs gestiegene Steuerkraft und die stark angewachsenen Schlüsselzuweisungen ermöglicht. Andererseits tragen auch unsere Konsolidierungsbemühungen und unsere auf Nachhaltigkeit angelegte Haushaltskonzeption erheblich zu dieser positiven Entwicklung bei.

Der Finanzzwischenbericht macht deutlich, dass sich die hohen Steuerzuwächse des Vorjahres in 2008 nicht wiederholen werden. Die Mai-Steuerschätzung wirkt auf den Landkreis belastend, so dass nach wie vor eine restriktive Haushaltspolitik geboten ist. Vorrangiges Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt 2008.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der Veranschlagung sind in einer Übersicht zusammengefasst (Anlage 1). Die dort nicht genannten Bereiche zeigen gegenüber der Planung keine besonderen Auffälligkeiten. Im Einzelnen wird dazu folgendes angemerkt:

Die **Grunderwerbsteuereinnahmen** entwickelten sich insbesondere in den ersten Monaten des Jahres positiv. Mit vorsichtigem Optimismus gehen wir von höheren Einnahmen in der Größenordnung von 0,5 Mio. € aus.

Bei den **Schlüsselzuweisungen** ergibt sich nach dem Stand der zweiten Teilzahlung ein um 5 € geringerer Kopfbetrag pro Einwohner von 484 €. Das Land hatte aufgrund der November-Steuerschätzung 2007 den Kopfbetrag zur Ermittlung der Schlüsselzuweisungen von 480 € auf 489 € erhöht. Dies ergab beim Landkreis Ludwigsburg eine Einnahmeverbesserung von 3,1 Mio. €, die wiederum zu einer weiteren Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 0,5 %-Punkte auf 34,5 % führte. Das Land reduzierte dann im Frühjahr wieder den Kopfbetrag auf 484 €, da es die aufgrund von Nachtragssatzungen zurückgehenden Hebesätze der Kreisumlagen der Landkreise versehentlich nicht berücksichtigt hatte. Dies führt zu Mindereinnahmen beim Landkreis von 1.794.000 € (Stand FAG 2. Teilzahlung). Erfreulicherweise ergibt sich aus der FAG-Abrechnung 2007 (1. Abschlusszahlung) eine Nachzahlung bei den Schlüsselzuweisungen von 731.000 €, was die voraussichtliche Mindereinnahme 2008 bei den Schlüsselzuweisungen auf 1.063.000 € verringert.

Beim **Soziallastenausgleich** nach § 22 FAG werden rund 0,2 Mio. € geringere Ausgaben erwartet. Diese Einsparung ist die Folge einer Überzahlung im Jahr 2007 von rund 0,1 Mio. €, die wir bei der Abrechnung 2008 erstattet bekommen haben und geringerer Ausgaben 2008 von ebenfalls rund 0,1 Mio. €, die sich nach dem Stand der zweiten Teilzahlung des Finanzausgleichs 2008 ergeben.

Die **Zinseinnahmen** steigen aufgrund der verbesserten Liquiditätslage der Kreiskasse und einem anhaltend guten Zinsniveau bei den kurzfristigen Anlagen um voraussichtlich 1 Mio. € Auf der Ausgabenseite können Kreditmarktzinsen und Kassenkreditzinsen von rund 0,5 Mio. € eingespart werden. Ursache hierfür ist das günstige Zinsniveau und der Verzicht auf Kreditaufnahmen. Aufgrund des positiven Rechnungsabschlusses 2007 müssen deutlich weniger Haushaltseinnahmereste für Kreditaufnahmen übertragen werden. Auf der anderen Seite fallen die Zinsausgaben für das innere Darlehen um voraussichtlich 0,35 Mio. € höher aus.

Die **Personalkosten** steigen durch den Tarifabschluss für Beschäftigte um 657.000 € Bei den Beamten ist 2008 keine weitere Anpassung der bislang vorgesehenen Steigerung von effektiv 0,8 % zu erwarten. Der Landkreis Ludwigsburg hat nach wie vor die geringsten Personalkosten pro Einwohner aller Landkreise im Regierungsbezirk Stuttgart (Anlage 2).

Auf die **Zuweisungen des Landes für die Verwaltungsreform 2005** wirkt sich die geringe Steigerung der Beamtenbezüge so aus, dass die FAG-Zuweisung um voraussichtlich 143.000 € niedriger ausfällt. Die Zuweisung wird entsprechend den Beschäftigtenentgelten und Beamtenbezügen dynamisiert. Das Finanzministerium hatte fälschlicherweise die Dynamisierung einheitlich mit 2,9 % berechnet. Ferner ist vorgesehen, 2009 die staatliche Schulaufsichtsverwaltung wieder aus den Landkreisen auszugliedern. Nach dem vorliegenden Entwurf eines Änderungsgesetzes soll dies für die Landkreise kostenneutral erfolgen, indem die Landkreise im FAG so gestellt werden sollen, als hätte es die Eingliederung der Staatlichen Schulämter nicht gegeben. Eine Reduzierung der insgesamt geforderten Effizienzrendite von 20 % ist jedoch nicht vorgesehen. Wir können dies nur sehr bedauern, weil nach unserer Überzeugung im Blick auf die Herauslösung aus dem Gesamtpaket und der damit verbundenen Änderung der Geschäftsgrundlage eine Reduzierung unabdingbar gewesen wäre. Ganz erheblichen Einfluss auf die Effizienzrendite hat die Entwicklung der Vermessungsgebühreneinnahmen. Da sie 2007 stark unter den im Gesetz vorgesehenen Einnahmen zurückblieben, sank die Effizienzrendite 2006 auf 2007 von 12 % auf 9,56 %. Ohne diese unzutreffend angerechneten Einnahmen hätten wir 2007 bereits eine Effizienzrendite von über 17 % erreicht. Wir müssen unter den gegebenen Voraussetzungen, d.h. ohne adäquaten Ausgleich der Vermessungsgebühren, davon ausgehen, dass wir die geforderte Effizienzrendite zukünftig nicht erreichen können.

Bei den **Schulen** in der Trägerschaft des Landkreises ist ein weitgehend planmäßiger Haushaltsvollzug festzustellen. Mehreinnahmen von knapp 300.000 € bei den Sachkostenbeiträgen des Landes stehen den Schulen im Rahmen der Budgetierung für ihre Ausgaben zur Verfügung. Bei der Kostenerstattung an den Landkreis Böblingen für die Karl-Georg-Haldenwang-Schule in Leonberg, die auch von Schülern aus dem Landkreis besucht wird, wird mit Einsparungen von 89.000 € gerechnet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Landkreis Böblingen ein wesentlich besseres Rechnungsergebnis als erwartet erzielt hat.

Bei der **Sozialhilfe** (SGB XII) sowie bei der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (SGB II) liegen wir momentan innerhalb der Planansätze. Auch die **Eingliederungshilfe** und die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit** verlaufen bislang planmäßig, so dass momentan keine wesentlichen Belastungen für den Haushalt von diesen Hilfearten zu erwarten sind.

Bei der **Jugendhilfe** zeigt sich zum jetzigen Zeitpunkt eine Planüberschreitung von etwa 1 Mio. € Zurückzuführen ist dies auf den verstärkten Kinderschutz. Zum einen wenden sich Nachbarn, Bekannte und Verwandte durch die Sensibilisierung dieses Themas in der Öffentlichkeit häufiger an das Jugendamt. Zum anderen hat auch die Veränderung des Gesetzes durch die Einführung eines verstärkten Kinderschutzes in § 8a SGB VIII dazu geführt, dass nun alle Beteiligten auch rechtlich zum Kinderschutz verpflichtet sind. Dadurch ist es notwendig, dass zum Wohle dieser Kinder zusätzliche Hilfen in den Familien installiert werden. In erster Linie wird versucht, diese mit ambulanten Hilfen, d.h. sozialpädagogischen Familienhilfen, Clearingangeboten und intensiven Einzelhilfen, zu stabilisieren. Darüber hinaus sind in besonderen Gefährdungssituationen für die Kinder stationäre Unterbringungen in Pflegefamilien und Heimen notwendig.

Bei den **Einrichtungen für Flüchtlinge** entstehen voraussichtlich Minderausgaben von 243.000 € da aufgrund der rückläufigen Zahlen Einrichtungen geschlossen werden können. Einsparungen entstehen insbesondere bei den Personalkosten und bei den Bewirtschaftungskosten.

Die **Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH** werden auch im Jahr 2008 durch die Gesundheitspolitik und die aktuell abgeschlossenen Tarifverträge auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Trotz des kontinuierlichen Optimierungsprozesses „Strukturoptimierung 2007plus“ steigt die Kostenseite der Kliniken stetig an. Für die Kliniken gGmbH belaufen sich die zusätzlichen Belastungen 2008 infolge des Tarifabschlusses auf rund 4,6 Mio. € Dies entspricht einem Personalkostenanstieg um mehr als 3 %, wobei im Unternehmensplan 2008 mit 1 % kalkuliert wurde. Der Gesetzgeber sieht noch keinen Handlungsgrund für eine adäquate Anpassung der Erlösbudgets an die Tarif- und Preissteigerungen. Um Qualitätsziele zu erreichen und auszubauen, sind Investitionen in Mitarbeiter, Logistik, Technik und Gebäude unabdingbar. Die Kliniken gGmbH sieht ihre Chancen in der konsequenten Umsetzung der Unternehmenskultur. Berufsübergreifende Projektgruppen arbeiten effizient und zielorientiert an der Verfeinerung der Prozesse und am Ausbau von strategischen Kooperationen mit anderen Kliniken und niedergelassenen Partnern. Die Verbundstruktur mit der Holding und der Orthopädischen Klinik Markgröningen und deren Tochter ORTEMA schafft hier neues Potenzial.

Bei der **gebührenfähigen Abfallwirtschaft** konnte 2007 ein Überschuss von 7,9 Mio. € erzielt werden. Dieses Ergebnis wird in den Folgejahren maßgeblich zur Dämpfung des Gebührenanstiegs beitragen. 2008 gehen wir von einem planmäßigen Haushaltsverlauf aus.

Bei der **nicht gebührenfähigen Abfallwirtschaft** kann die AVL voraussichtlich auf die Zuweisung des Kreises verzichten, da noch Erlöse aus der Modellierung der Rückbauparzelle anfallen. Dadurch ergibt sich eine Entlastung für den Kreishaushalt von 130.000 €

Bei den Umlagen an den **Verband Region Stuttgart** hat sich eine Verschiebung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ergeben, die unterm Strich zu keiner Mehrbelastung für den Haushalt führt.

Bei der **Schülerbeförderung** können aufgrund von Minderausgaben bei den Vertragsverkehren Einsparungen von 250.000 € erzielt werden.

Für die **Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen** standen dem Landkreis 2007 mehr Landesmittel als benötigt zur Verfügung. Es konnte daher ein Haushaltsrest über rund 419.000 € ins Haushaltsjahr 2008 übertragen werden, womit auch 2008 von einer ausreichenden Finanzausstattung für den Gemeinschaftsaufwand ausgegangen werden kann.

Bei der **Bauunterhaltung und den Hochbauinvestitionen** mussten 2008 außerplanmäßige Maßnahmen finanziert werden. Durch einen Wasserschaden wurde Anfang dieses Jahres festgestellt, dass die Fernwärmeleitung auf dem Grundstück Königsallee schadhaft ist und mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 200.000 € erneuert werden muss. Der Landrat hat diesbezüglich eine Eilentscheidung getroffen. Ebenfalls per Eilentscheidung musste über die Erneuerung des Notstromaggregats beim Beruflichen Schulzentrum Ludwigsburg-Kornwestheim entschieden werden. Wegen des irreparablen Schadens kommt nur eine Neubeschaffung mit einem Kostenvolumen von 150.000 € in Betracht. In beiden Fällen konnte auf im Vorjahr eingesparte Gebäudeunterhaltungskosten zurückgegriffen werden.

Durch Verkäufe von Teilflächen des Grundstücks Benningen kann mit Mehreinnahmen von rund 0,5 Mio. € gerechnet werden.

3. Ausblick 2009 ff

Der zweite Finanzzwischenbericht weist zum jetzigen Zeitpunkt per Saldo ein ausgeglichenes Ergebnis auf. Die Zeiten rasant wachsender Steuereinnahmen scheinen sich dem Ende zuzuneigen.

Entsprechend der Mai-Steuerschätzung wurde die Einnahmeerwartung für die Kommunen im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung 2007 nach unten korrigiert. Aufgrund der hohen Energiepreise, der Immobilienkrise und des damit verbundenen geringen Wirtschaftswachstums in den USA müssen wir uns auf eine konjunkturelle Eintrübung einstellen. Die relativ robuste deutsche Wirtschaft, die im ersten Quartal 2008 ein Wachstum von 1,5 % gegenüber dem vorangegangenen Quartal erreichen konnte, kann dieser Entwicklung entgegen wirken.

Dies darf uns nicht davon abhalten, unsere solide und zukunftsorientierte Haushaltswirtschaft mit Augenmaß konsequent fortzuführen.

Beschlussvorschlag:

Beratung